

- Freistellungsauftrag für Kapitalerträge und Antrag auf ehedatenübergreifende Verlustverrechnung -

(Gilt nicht für Betriebseinnahmen und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung)

(Name, abweichender Geburtsname, Vorname,
Geburtsdatum des Gläubigers der Kapitalerträge)

(Straße, Hausnummer)

(Steuer-Identifikationsnummer des Mitgliedes)

(Postleitzahl, Ort)

Gemeinsamer Freistellungsauftrag¹

(ggf. Name, abweichender Geburtsname, Vorname,
Geburtsdatum des Ehegatten)

(Steuer-Identifikationsnummer des Ehegatten
bei gemeinsamem Freistellungsauftrag)

An

Wohnungsgenossenschaft im Kreis Olpe, Südsauerland eG

(Genossenschaft)
Schützenstr. 2

57462 Olpe

(Straße, Hausnummer)

(Postleitzahl, Ort)

Hiermit erteile ich/erteilen wir² Ihnen den Auftrag, meine/unsere² bei Ihrem Institut anfallenden Kapitalerträge vom Steuerabzug freizustellen und/oder bei Dividenden und ähnlichen Kapitalerträgen die Erstattung von Kapitalertragsteuer zu beantragen, und zwar

- bis zu einem Betrag von _____ EUR (bei Verteilung des Sparer-Pauschbetrages auf mehrere Kreditinstitute).
- bis zur Höhe des für mich/uns² geltenden Sparer-Pauschbetrages von insgesamt 801 EUR/1.602 EUR².
- über 0 EUR³ (sofern lediglich eine ehedatenübergreifende Verlustverrechnung beantragt werden soll).

Dieser Auftrag gilt ab dem _____ bzw. ab Beginn der Geschäftsverbindung

- so lange, bis Sie einen anderen Auftrag von mir/uns² erhalten.
- bis zum 31.12._____.

Die in dem Auftrag enthaltenen Daten werden dem Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) übermittelt. Sie dürfen zur Durchführung eines Verwaltungsverfahrens oder eines gerichtlichen Verfahrens in Steuersachen oder eines Strafverfahrens wegen einer Steuerstraftat oder eines Bußgeldverfahrens wegen einer Steuerordnungswidrigkeit verwendet sowie vom BZSt den Sozialleistungsträgern übermittelt werden, soweit dies zur Überprüfung des bei der Sozialleistung zu berücksichtigenden Einkommens oder Vermögens erforderlich ist (§ 45 d EStG).

Ich versichere/Wir versichern², dass mein/unser² Freistellungsauftrag zusammen mit Freistellungsaufträgen an andere Kreditinstitute, Bausparkassen, das BZSt usw. den für mich/uns² geltenden Höchstbetrag von insgesamt 801 EUR/1.602 EUR² nicht übersteigt. Ich versichere/Wir versichern² außerdem, dass ich/wir² mit allen für das Kalenderjahr erteilten Freistellungsaufträgen für keine höheren Kapitalerträge als insgesamt 801 EUR/1.602 EUR² im Kalenderjahr die Freistellung oder Erstattung von Kapitalertragsteuer in Anspruch nehme(n)².

Die mit dem Freistellungsauftrag angeforderten Daten werden auf Grund von § 44 a Abs. 2 und 2 a, § 45 b Abs. 1 und § 45 d Abs. 1 EStG erhoben. Die Angabe der steuerlichen Identifikationsnummer ist für die Übermittlung der Freistellungsdaten an das BZSt erforderlich. Die Rechtsgrundlagen für die Erhebung der Identifikationsnummer ergeben sich aus § 139 a Abs. 1 Satz 1 2. Halbsatz AO, § 139 b Abs. 2 AO und § 45 d EStG. Die Identifikationsnummer darf nur für Zwecke des Besteuerungsverfahrens verwendet werden.

(Datum)

(Unterschrift)

(ggf. Unterschrift Ehegatte, gesetzliche(r) Vertreter)

Zutreffendes bitte ankreuzen.

¹ Angaben zum Ehegatten und dessen Unterschrift sind nur bei einem gemeinsamen Freistellungsauftrag erforderlich.

² Nichtzutreffendes bitte streichen.

³ Möchten Sie mit diesem Antrag lediglich eine ehedatenübergreifende Verlustverrechnung beantragen, so kreuzen Sie bitte dieses Feld an.

Der Höchstbetrag von 1.602 EUR gilt nur bei Ehegatten, die einen gemeinsamen Freistellungsauftrag erteilen und bei denen die Voraussetzungen einer Zusammenveranlagung i. S. d. § 26 Abs. 1 Satz 1 EStG vorliegen. Der gemeinsame Freistellungsauftrag ist z. B. nach Auflösung der Ehe oder bei dauerndem Getrenntleben zu ändern. Erteilen Ehegatten einen gemeinsamen Freistellungsauftrag, führt dies am Jahresende zu einer Verrechnung der Verluste des einen Ehegatten mit den Gewinnen und Erträgen des anderen Ehegatten. Freistellungsaufträge können nur mit Wirkung zum Kalenderjahresende befristet werden. Eine Herabsetzung bis zu dem im Kalenderjahr bereits ausgenutzten Betrag ist jedoch zulässig. Sofern ein Freistellungsauftrag im laufenden Jahr noch nicht genutzt wurde, kann er auch zum 01. Januar des laufenden Jahres widerrufen werden. Der Freistellungsauftrag kann nur für sämtliche Depots oder Konten bei einem Kreditinstitut oder einem anderen Auftragnehmer gestellt werden.

Antrag auf Einbehalt der Kirchensteuer

Antragstellung Einzelperson:

Name Konto-/Depotinhaber/Depotinhaberin (Anschrift, Geburtsdatum)

Gemeinschaftliche Antragstellung von Ehegatten:

Name Ehegatte 1 (Anschrift, Geburtsdatum)

Name Ehegatte 2 (Anschrift, Geburtsdatum)

Bei gemeinschaftlichen Konten/Depots von Ehegatten sollen die Kapitalerträge in folgendem Verhältnis aufgeteilt werden:

Ehegatte (1): 50 % Ehegatte (2): 50 % oder abweichend¹ Ehegatte (1) %, Ehegatte (2) %

Antragstellung von sonstigen Personenmehrheiten (außer Ehegatten):

Namen der Beteiligten, gegebenenfalls Name eines Bevollmächtigten (Anschrift, Geburtsdatum)

Ich/Wir beantrage(n), folgende Kirchensteuer für sämtliche bei dem Kreditinstitut geführten (und gegebenenfalls zukünftig eröffneten) privaten Konten und Depots ab dem 01.01. /ab Beginn der Geschäftsbeziehung einzubehalten.

Konto-/Depotinhaber(in) bzw. Ehegatte 1	Kirchensteuer- satz 8 % (Steuerlicher Wohn- sitz in Bayern, Baden-Württemberg)	Kirchensteuer- satz 9 % (Steuerlicher Wohn- sitz in anderen Bundesländern)	Ehegatte 2	Kirchensteuer- satz 8 % (Steuerlicher Wohn- sitz in Bayern, Baden-Württemberg)	Kirchensteuer- satz 9 % (Steuerlicher Wohn- sitz in anderen Bundesländern)
Evangelische Kirchensteuer			Evangelische Kirchensteuer		
Römisch-Katholische Kirchensteuer			Römisch-Katholische Kirchensteuer		
Altkatholische Kirchensteuer			Altkatholische Kirchensteuer		
Kirchensteuer der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden			Kirchensteuer der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden		
Kirchensteuer der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg			Kirchensteuer der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg		
Bekennnissteuer der Israelitischen Kultusgemeinde in Bayern			Bekennnissteuer der Israelitischen Kultusgemeinde in Bayern		
Jüdische Kultussteuer (Hamburg)			Jüdische Kultussteuer (Hamburg)		
Israelitische Kultussteuer Frankfurt			Israelitische Kultussteuer Frankfurt		
Israelitische Kultussteuer der kultus- steuerberechtigten Gemeinden (Hessen)			Israelitische Kultussteuer der kultus- steuerberechtigten Gemeinden (Hessen)		
Jüdische Kultussteuer (Nordrhein-Westfalen)			Jüdische Kultussteuer (Nordrhein-Westfalen)		
Jüdische Kultussteuer der jüdischen Kultusgemeinden Koblenz und Bad Kreuznach			Jüdische Kultussteuer der jüdischen Kultusgemeinden Koblenz und Bad Kreuznach		
Israelitische Kultussteuer der Synagogengemeinde Saar			Israelitische Kultussteuer der Synagogengemeinde Saar		
Kirchensteuer der Freireligiösen Landesgemeinde Baden			Kirchensteuer der Freireligiösen Landesgemeinde Baden		
Kirchensteuer der Freireligiösen Gemeinde Offenbach/M.			Kirchensteuer der Freireligiösen Gemeinde Offenbach/M.		
Kirchensteuer der Freien Religionsgemeinschaft Alzey			Kirchensteuer der Freien Religionsgemeinschaft Alzey		
Kirchensteuer der Freireligiösen Gemeinde Mainz			Kirchensteuer der Freireligiösen Gemeinde Mainz		
Kirchensteuer der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz			Kirchensteuer der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz		

Ort, Datum

Unterschrift(en)

Hinweise zum Antrag auf Einbehalt der Kirchensteuer:

1 Allgemeine Hinweise

1.1 Antragstellung

Ab 2009 behält das Kreditinstitut auf schriftlichen Antrag Kirchensteuer als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer auf Rechnung des oder der Gläubiger(s) der Kapitalerträge (Antragsteller) ein.

Das Kreditinstitut kann Kirchensteuer nur aufgrund eines vorliegenden Antrags einbehalten. Bei Änderungen (z. B. der Religionsgemeinschaft, des Kirchensteuersatzes oder des Aufteilungsverhältnisses bei Ehegatten) ist ein neuer Antrag zu erteilen. Der Widerruf des Antrags kann nur schriftlich erklärt werden. **Änderungen während des Jahres können nur mit Wirkung ab dem Folgejahr berücksichtigt werden.** Die Kirchensteuer kann in diesen Fällen nur in der Steuerveranlagung durch das Wohnsitzfinanzamt in der vom Gesetz vorgesehenen Höhe festgesetzt werden; gegebenenfalls zuviel erhobene Kirchensteuer wird auf diesem Wege erstattet (§ 51 a Abs. 2 d EStG).

Liegt dem Kreditinstitut kein Antrag vor, wird die Kirchensteuer nicht durch das Kreditinstitut einbehalten. In diesem Fall muss der kirchensteuerpflichtige Anleger die vom Kreditinstitut einbehaltene Kapitalertragsteuer zum Zwecke einer Kirchensteuerveranlagung nach § 51 a Abs. 2 d EStG gegenüber seinem Wohnsitzfinanzamt erklären, soweit die Kapitalerträge nicht im Rahmen einer Einkommensteuerveranlagung (z. B. auf Antrag) berücksichtigt werden.

1.2 Für welche Arten von Konten und Depots gilt der Antrag?

Der Antrag gilt einheitlich für alle auf den Namen des Antragstellers geführten Konten und Depots. Ausgenommen sind Konten und Depots mit Gläubigervorbehalt (Treuhandkonten, Mietkautionen, Konten von Wohnungseigentümergeinschaften usw.) sowie betriebliche Konten und Depots, die dem Kreditinstitut als solche angezeigt wurden.

Besonderheiten bestehen bei Ehegatten (siehe Ziffer 2) und bei anderen Konten und Depots, an denen mehrere Personen beteiligt sind (siehe Ziffer 3).

2 Besonderheiten bei Anträgen von Ehegatten

Der Antrag kann – als Antrag einer Einzelperson – von einem Ehegatten für die auf seinen Namen geführten Einzelkonten und Einzeldepots gestellt werden. Ein gemeinschaftlicher Antrag ist nur dann zu stellen, wenn die Ehegatten auch gemeinschaftliche Konten und/oder Depots haben.

Sofern Ehegatten einen gemeinschaftlichen Antrag stellen, ist dieser von beiden Ehegatten zu unterschreiben; dabei kann ein Ehegatte durch den anderen Ehegatten vertreten werden. Der gemeinschaftliche Antrag gilt dann sowohl für die Einzel- als auch für die gemeinschaftlichen Konten und Depots. Zuvor erteilte Einzelanträge gelten mit Erteilung des gemeinschaftlichen Antrags als widerrufen.

Für die gemeinschaftlichen Konten oder Depots ist ein Aufteilungsverhältnis für die gutgeschriebenen Kapitalerträge anzugeben. Die Kapitalerträge werden entsprechend dem Aufteilungsverhältnis aufgeteilt und die Kirchensteuer wird einbehalten, soweit ein Anteil an den gemeinschaftlichen Kapitalerträgen einem kirchensteuerpflichtigen Ehegatten zuzuordnen ist. Werden zu dem Aufteilungsverhältnis keine Angaben gemacht, wird das Kreditinstitut eine hälftige Aufteilung vornehmen.

Liegen für einen der Ehegatten keine Angaben über die Zugehörigkeit zu einer der genannten Religionsgemeinschaften vor, wird insoweit keine Kirchensteuer einbehalten.

3 Besonderheiten bei Anträgen für Konten und Depots von Personenmehrheiten

Bei Konten und Depots, die für eine Personenmehrheit – nicht jedoch Ehegatten (hier gilt Ziffer 2) – geführt werden (z. B. Investmentclub), kann Kirchensteuer nur einbehalten werden, wenn alle Beteiligten derselben – im Antrag aufgeführten – Religionsgemeinschaft angehören und derselbe Kirchensteuersatz anzuwenden ist.

Der Antrag ist entweder von allen Mitgliedern der Personenmehrheit oder von einem bevollmächtigten Vertreter der Personenmehrheit zu unterzeichnen. Der Antrag erfasst sämtliche Konten und Depots, die für ein und dieselbe Personenmehrheit geführt werden.

Gehören die an einer Personenmehrheit beteiligten Personen nicht alle derselben Religionsgemeinschaft an bzw. sind unterschiedliche Kirchensteuersätze anzuwenden, ist eine Antragstellung nicht möglich. In diesem Fall muss der kirchensteuerpflichtige Beteiligte die vom Kreditinstitut einbehaltene Kapitalertragsteuer entsprechend seinem jeweiligen Anteil zum Zwecke einer Kirchensteuerveranlagung nach § 51 a Abs. 2 d EStG gegenüber seinem Wohnsitzfinanzamt erklären, soweit die Kapitalerträge nicht im Rahmen einer Einkommensteuerveranlagung (z. B. auf Antrag) berücksichtigt werden.

4 Besonderheiten bei Investmentfonds

Bei thesaurierenden Fonds ist mangels Geldzufluss beim Anleger – trotz Antragstellung – ein Kirchensteuereinbehalt durch das Kreditinstitut gesetzlich nicht vorgesehen. In diesem Fall können weitere Angaben in der Einkommensteuererklärung erforderlich sein.

5 Höhe des Kirchensteuersatzes bei Wohnsitz in verschiedenen Bundesländern

Bei mehrfachem Wohnsitz ist für den Kirchensteuersatz auf das Bundesland abzustellen, in dem sich der vorwiegend genutzte Wohnsitz befindet, bei verheirateten nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten ist auf das Bundesland abzustellen, in dem sich der vorwiegend benutzte Familienwohnsitz befindet. Dieser kann von der beim Kreditinstitut geführten Anschrift abweichen.